

Informationen

aus den Nachbarländern und den
Verbindungsbüros in Prag und Breslau



Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2019 neigt sich dem Ende
und mit ihm können die
Verbindungsbüros
in Prag und Breslau wiederum auf
eine erfolgreiche Bilanz zurück-
blicken, die Sie auf unseren
Internetseiten in Wort und Bild
dokumentiert finden.

Wir danken Ihnen für Ihre
Unterstützung, wünschen Ihnen und
Ihren Familien ein frohes
Weihnachtsfest, besinnliche
Stunden und einen guten Rutsch
in ein gesundes und erfolgreiches
Jahr 2020.

Dr. David Michel und
Uwe Behnisch

Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen in Prag.....2

Politik und Wirtschaft 2

Tschechische Republik	2
Deutsch-Tschechische Beziehungen	5

Termine/Veranstaltungen 6

Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen in Breslau.....7

Politik und Wirtschaft 7

Republik Polen.....	7
Woiwodschaft Niederschlesien	11
Woiwodschaft Oppeln	12
Woiwodschaft Lebus Land.....	13

Aktuelle Projekte im Verbindungsbüro 14

Termine/Veranstaltungen 14

Wir sind für Sie da	15
---------------------------	----



Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen in Prag



Politik und Wirtschaft

Tschechische Republik

Politik

29.10. (Novinky.cz) Stimmungsbarometer

Die jüngste Umfrage der Agentur Median hat ergeben, dass die Partei ANO bei vorgezogenen Neuwahlen mit 30,5% erneut als Wahlsieger hervorgehen würde. An zweiter Stelle würden sich die Piraten mit 12,5% platzieren, gefolgt von der ODS mit 11,5%. Die SPD würde mit 8% ins Abgeordnetenhaus einziehen, die ČSSD mit 7,5%, die KSCM mit 7% und STAN und Top 09 mit jeweils 6%.

27.10. (cesketelevize.cz) Armee plant hohe Investitionen

Die tschechische Armee plant in den kommenden zehn Jahren eine massive Aufrüstung und Modernisierung. Dies geht aus einem Strategiepapier des Generalstabs hervor. Demnach beabsichtigt die Armee u.a. den Kauf von neuen Panzerfahrzeugen, Granatwerfern, Drohnen und Luftabwehrraketen. Außerdem möchte der Generalstab weitere Rekruten anwerben. Bis 2030 sei es das Ziel, 30.000 Berufssoldaten unter Vertrag zu haben. Derzeit dienen bei der Armee 21.500 Soldaten.

24.10. (lidovky.cz) Tschechen setzen sich für einen „Schengenraum der Lüfte“ ein

Aufgrund der zunehmenden Belastung des europäischen Luftraums durch zu viele Passagierflugzeuge und dadurch verursachte enorme Verspätungen der Flieger, setzt sich die tschechische Steuerung des Luftverkehrs gemeinsam mit dem tschechischen Verkehrsministerium dafür ein, innerhalb der EU eine Art „Schengenraum der Lüfte“ durchzusetzen, der die Koordinierung der einzelnen Flüge maßgeblich vereinfachen sollte. Laut Verkehrsministerium gehöre die Tschechische Republik bei diesem Thema zu den aktivsten EU-Mitgliedstaaten.

23.10. (Presseschau der deutschen Botschaft Prag) Tschechen mit niedrigster EU-Zustimmungsrate unter den Visegrad-Staaten

Laut einer Umfrage des „Tschechischen nationalen Panels“ sehen nur 40% der Tschechen die EU-Mitgliedschaft als nützlich an. 38 % der Tschechen sind gegenteiliger Meinung. Dagegen beurteilen in Ungarn und der Slowakei die Hälfte der Menschen die EU-Mitgliedschaft für nützlich. In Polen sind es sogar $\frac{3}{4}$ der Gesellschaft.

04.10. (Novinky.cz) Václav Klaus Jr. beliebtester Politiker

Laut der neuesten Umfrage des CVVM-Meinungsinstituts steht an der Spitze der Beliebtheit unter den cze. Politikern Václav Klaus Jr. (42%). Das von der ODS ausgeschlossene Parteimitglied hat kürzlich eine neue Partei mit dem Namen „Trikolora“ gegründet. Klaus Jr. hat somit den ANO-Vors. und PM Babiš (38%) überholt. An dritter und vierter Stelle haben sich die Parteivors. der Piraten Ivan Bartoš und der SPD Tomio Okamura mit 29% positioniert.

01.10. (Právo) Babiš: Stärkere Rolle der Tschechischen Republik innerhalb der EU

In einem Interview für Právo erklärt PM Andrej Babiš, dass der VN-Klimagipfel keinen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz selbst geleistet habe. Vor allem die Rede von Greta Thunberg habe die teilnehmenden Staaten zunehmend polarisiert und den fälschlichen Eindruck gestärkt, dass man nichts gegen den Klimawandel tue. Deutschland habe das Klimapaket lediglich deshalb verabschiedet, weil die Grünen immer stärker werden und die Regierungsparteien keine Wähler an diese verlieren möchten. Dass Deutschland die Kern- und Kohleenergie verlassen wolle, sei keine gute Nachricht, diese Maßnahmen werden sowohl der deutschen als auch der tschechischen Wirtschaft schaden. Innerhalb der EU sollten

die Tschechische Republik und die V4 eine aktivere Rolle bei den Verhandlungen mit den USA über ein Handelsabkommen übernehmen, sowie bei den Gesprächen mit der Türkei. In der Migrationspolitik gebe es zwei Richtungen, die die EU einschlagen sollte: Zum einen eine aktive Politik in Afrika, zum anderen in Syrien. Babiš lehnt zudem die Aberkennung der Souveränität des Kosovo ab.

30.09. (Presseschau der deutschen Botschaft Prag) Beim Freiheitsfest wurde an Ausreise der DDR-Bürger vor 30 Jahren erinnert

Mit Zelten, Trabis, Fotografien, Dokumenten und Aussagen von Zeitzeugen wurde am Samstag (28.09.) an die Ereignisse von 1989 erinnert, als die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag zu einer Zuflucht für Tausende von Flüchtlingen aus der DDR wurde. Die Botschaft hat in diesem Zusammenhang ein Freiheitsfest veranstaltet, bei dem auch Diskussionen und Konzerte stattfanden. BM a.D. Rudolf Seiters bezeichnete die Ereignisse vor 30 Jahren als Meilensteine auf dem Weg zu einer friedlichen Revolution und zur deutschen Wiedervereinigung. Die Zeitzeugen aus den Reihen der Flüchtlinge und der Mitarbeiter der Botschaft erinnerten sich vor allem daran, wie voll die Botschaft einschließlich Treppenhäuser, Dachboden, Heizungskeller und Garten von Flüchtlingen besetzt war.

30.09. (ceskenoviny.cz) Babiš lehnt neuen Migrationsplan der EU ab

PM Babiš lehnt die Pläne Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Maltas für eine Umverteilung von Flüchtlingen aus dem Mittelmeer strikt ab. Auf die Äußerung von Außenminister Heiko Maas, dass alle EU-Mitgliedstaaten dazu aufgefordert werden, sich der Umverteilungsinitiative der vier Staaten anzuschließen, reagierte Babiš mit den Worten: „Ich bin grundsätzlich nicht mit einer Umverteilung von Migranten einverstanden. Ich verstehe nicht, warum das Thema erneut aufgerollt wird, für die Tschechische Republik ist es absolut unannehmbar.“ Laut Babiš muss die Situation vor allem in Syrien und in der Türkei gelöst werden. Eine neue Quotenregelung wäre lediglich eine neue Einladung für Schlepperbanden, um aktiv zu werden.

18.09. (ceskatelevize.cz) Strafverfolgung gegen PM Andrej Babiš eingestellt

Die Prager Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen im mutmaßlichen Betrugsfall „Storchennest“ eingestellt. Nach einer Prüfung der Sachlage habe man sich dem ersten vorläufigen Befund von Staatsanwalt Jaroslav Saroch angeschlossen, so der zuständige Prager Staatsanwalt Martin Erazím. Der Grund für die Einstellung sei, dass das Storchennest-Ressort alle Bedingungen der Definition eines kleinen und mittelständischen Betriebs erfüllt habe und somit weder eine Subventionierungsstraftat begangen, noch den finanziellen Interessen der EU geschadet wurde. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit sei laut Medien jedoch noch nicht gesprochen. Der Fall wird noch der Generalstaatsanwaltschaft in Brünn vorgelegt, diese kann nach eingehender Prüfung das Fazit der Prager Staatsanwaltschaft bestätigen, oder diese damit beauftragen, PM Andrej Babiš und alle weiteren Akteure in diesem Fall anzuklagen.

12.09. (ceskenoviny.cz) Visegrád-Staaten (V4) wollen den Westbalkan in der EU sehen

Die V4 haben während ihres Westbalkangipfels in Prag eine EU-Erweiterung um die Westbalkanstaaten unterstützt. PM Babiš erklärte, die EU müsse dem gesamten Westbalkan „eine klare und überzeugende Vision“ bieten. Wenn sich die gesamte Region nicht der europäischen Integration anschließen sollte, könnte es keine Einheit Europas geben. Es bestehe auch kein Zweifel daran, dass Serbien und Montenegro vor 2028 der EU beitreten werden, fügte Babiš hinzu. Darüber hinaus betonten die V4, dass die EU-Kommission davon überzeugt werden müsse, dass Kernenergie eine „saubere Energiequelle“ sei und diese innerhalb der EU auch so bezeichnet werden sollte.

10.09. (idnes.cz) Jurová wird Vizepräsidentin der EU-Kommission

Věra Jurová wird in der neuen EU-Kommission (EU-KOM) das Ressort Grundwerte und Transparenz in Europa leiten. Zudem wurde sie zu einer der acht Vizevorsitzenden der EU-KOM ernannt. PM Babiš erklärte, es sei ein großer Erfolg sowie Vertrauensbeweis seitens der EU, dass Tschechien erstmals den Posten eines Vizevorsitzenden der EU-KOM einnehmen werde. Babiš zufolge sei es nicht möglich gewesen, Vizevorsitzende zu werden und zugleich ein starkes wirtschaftliches Portfolio zu bekommen. Daher sei man zufrieden mit den Entscheidungen von von der Leyen. Der ČSSD-Vorsitzende und



Innenminister Jan Hamáček erklärte, das Portfolio, das Jourová bekommen habe, sei zwar kein ökonomisch starkes, dennoch ein Schlüsselressort. Auch er zeigte sich zufrieden mit dem Ausgang der Benennungen.

Wirtschaft

29.10. (Svaz obchodu a cestovního ruchu ČR, socr.cz) Beschäftigungsquote in Tschechien über EU-Durchschnitt

Das von der EU angestrebte Ziel einer Beschäftigungsquote von durchschnittlich 75% hat Tschechien zusammen mit 10 anderen Ländern im 2. Quartal 2019 überschritten. Nach Angaben des Statistikamts war die Arbeitslosenquote in Tschechien mit Abstand am niedrigsten in der EU. Bei den Männern betrug sie 1,6% und bei den Frauen 2,3%. Mit einer Beschäftigungsquote von 80,2% bei den 20–64-Jährigen lag Tschechien EU-weit auf Platz 3.

30.10. (ihned.cz) Firmen investieren mehr in Forschung und Entwicklung

2019 haben hiesige Unternehmen 63,6 Mrd. CZK (ca. 2,5 Mrd. €) in Forschung und Entwicklung investiert, rd. 7 Mrd. CZK (ca. 275 Mio. €) mehr als 2018. Im April wurden die Regeln für Steuererleichterungen bei Investitionen in diesem Bereich vereinfacht.

26.10. (novinky.cz) Wirtschaftsminister sieht Atomkraft als einzige effiziente Alternative zur Kohle

Wirtschaftsminister Karel Havlíček (Interview Tageszeitung Právo) sieht im Ausbau des AKW Dukovany die einzige Möglichkeit, die Energieversorgung in Tschechien bis 2040 zu sichern. Anderenfalls wäre ein Ausstieg aus der Kohle nicht zu schaffen.

27.10. (lidovky.cz) Durchschnittslohn im öffentlich Dienst soll steigen

Der Durchschnittslohn im öffentlichen Dienst soll im kommenden Jahr kräftig anwachsen. Laut dem Haushalt für 2020 dürfte er bei 38.285 CZK (1.500 €) brutto im Monat liegen. Das sind 2.379 CZK (93 €) mehr als im laufenden Jahr. Derzeit sind rund 475.000 Menschen beim Staat beschäftigt.

21.10. (radio.cz) Prager Flughafen wird bis 2035 ausgebaut

In diesem Jahr wurden bisher 17,7 Mio. Menschen abgefertigt, im Jahresvergleich ist das ein Zuwachs von 5,8%. Im Jahr 2035 sollen auf dem Prager Flughafen bis zu 23 Mio. Passagiere ein- und auschecken. Gebaut werden sollen eine zweite, parallele Start- und Landebahn sowie neue Abflugsektoren D und E. Die neue Startbahn soll binnen acht Jahren fertig werden. Verkehrsminister Kremlík erklärte zudem, dass bis 2028 endlich auch eine elektrifizierte, zweigleisige Bahnstrecke vom Prager Zentrum zum Flughafen führen soll. Im Winterflugplan werden 121 Ziele in 46 Ländern vom Prager Flughafen direkt angefliegen, 6 Ziele mehr als vor einem Jahr.

21.10. (Growth from Knowledge Institut, gfk.com) Einkommen der Tschechen liegt unter europäischem Durchschnitt

Die Netto-Einkommen der Europäer stiegen 2019 um 3,5% auf 14.739 €/Jahr. Die Tschechen liegen in der Tabelle von 42 Staaten mit 9.959 €/Jahr auf Platz 24. An Platz eins der Tabelle des deutschen Instituts GfK liegt Liechtenstein mit 67.550 €/Jahr.

22.10. (mesec.cz) Wohnungspreise um 10% gestiegen

Im zweiten Quartal 2019 sind die Wohnungspreise in Tschechien durchschnittlich um 10% gestiegen und liegen nun bei 60.700 CZK/m² (ca. 2.370 €/m²). Am meisten stiegen die Preise in České Budějovice mit 21% und in Prag mit 17%. Die regionalen Unterschiede sind weiterhin hoch: in Prag liegt der Durchschnittspreis bei 84.200 CZK/m² (ca. 3.300 €/m²) im nordböhmischen Aussig bei 17.000 CZK/m² (ca. 664€/m²).

17.10. (idnes.cz) Volle Busse durch Fahrkarten-Ermäßigungen

Reduzierte Fahrpreise für Schüler, Studierende und Senioren haben den tschechischen Linienbusbetreibern einen Zuwachs beschert. Der Rabatt in Höhe von 75% des Fahrpreises gilt seit



einem Jahr und hat im ersten Halbjahr 2019 zu einem Anwachsen der Linienbusreisenden um 8% geführt. Zuvor war die Zahl der Fahrgastzahlen rückläufig. Die Ermäßigungen bei Bus und Bahn haben den tschechischen Staat in der ersten Hälfte dieses Jahres 2,8 Mrd. CZK (110 Mio. € Euro) gekostet.

02.10. (ceskatelevize.cz) Mehr ausländische Arbeitnehmer

Die Regierung hat neue Quoten für ausländische Arbeitnehmer verabschiedet. In den kommenden Monaten sollen bis zu 21.000 Arbeitnehmer aus der Ukraine, aber auch je 1.000 aus der Mongolei, den Philippinen oder Serbien schneller Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen erhalten. Laut Angaben der Arbeitgeber fehlen derzeit bis zu 500.000 Arbeitnehmer. Insgesamt arbeiten derzeit rund 700.000 Arbeitnehmer aus dem Ausland in der Tschechischen Republik.

23.09. (Ministerstvo průmyslu a obchodu, mpo.cz) Industrie- und Handelsministerium: 200 Mio. CZK für Wissenstransfer-Partnerschaft

Das Industrie- und Handelsministerium hat die fünfte Ausschreibungsrunde im Förderprogramm Wissenstransfer-Partnerschaft veröffentlicht. Zur Verfügung stehen 200 Mio. CZK (acht Mio. €) Ziel ist die Schaffung von Partnerschaften zwischen kleinen und mittelständischen Betrieben sowie Forschungsorganisationen und die Verbreitung von technischem Wissen und Kenntnissen, zu denen der Betrieb keinen Zugang hat. Die Antragsfrist läuft vom 7.10.2019 bis 7.1.2020.

12.09. (ceskenoviny.cz) Premier Babiš sieht Zukunft in künstlicher Intelligenz

Für Tschechiens Premier Babiš ist die Entwicklung künstlicher Intelligenz eine der größten Herausforderungen für die Zukunft. Bei einer Ansprache in der Akademie der Wissenschaften erklärte Babiš, dass sich die tschechische Wirtschaft in diese Richtung entwickeln könnte, da das Potential bereits da sei. Tschechien bewirbt sich derzeit als Standort für ein europäisches Exzellenzzentrum für künstliche Intelligenz. Dabei konkurriert das Land unter anderem mit Frankreich, Deutschland und den skandinavischen Staaten. An tschechischen Universitäten beschäftigen sich derzeit rund 500 Wissenschaftler mit dem Fachbereich.

03.09. (idnes.cz) Durchschnittslohn in Tschechien wächst erneut

Der monatliche Durchschnittsbruttolohn der Tschechen lag im zweiten Quartal dieses Jahres im Schnitt bei 34.105 CZK (1.327 €) und überstieg damit erstmals 34.000 CZK. Im Vergleich zum Vorjahresquartal war dies ein Anstieg um 7,2%. Der Reallohn stieg um 4,3%. In Prag lag der Durchschnittsbruttolohn im 2. Quartal bei 42.297 CZK (1.645€).

03.09. (denik.cz) Sozialministerium will Mindestlohn auf umgerechnet 566 Euro erhöhen

Das Ministerium für Arbeit und Soziales schlägt vor, den Mindestlohn im kommenden Jahr um 1.350 CZK (52 €) auf 14.700 CZK (561 €) aufzustocken. Das sagte Ressortchefin Jana Malačová (Sozialdemokraten) am Dienstag nach ihrem Treffen mit führenden Gewerkschaftsvertretern. Die Gehälter in der öffentlichen Verwaltung sollten nach Vorstellung der Sozialdemokraten um 5,2% angehoben werden.

Deutsch-Tschechische Beziehungen

02.10. (novinky.cz) Tschechien trauert um Karel Gott

Karel Gott habe sein Leben ganzen Generationen geschenkt. So reagierte Tschechiens Staatspräsident Miloš Zeman auf den Tod der Schlagerlegende Karel. Er sei einer der größten Tschechen gewesen, schrieb Premier Andrej Babiš. Tschechiens Außenminister Tomáš Petříček bemerkte, dass kaum jemand anderes so viel für den guten Namen Tschechiens in der Welt getan habe, wie Karel Gott. Kulturminister Lubomír Zaorálek bezeichnete den Sänger als außergewöhnliche Persönlichkeit, die die Menschen zusammenbringen konnte. Auch Politiker der Opposition würdigten die Person Karel Gott und das Werk des Musikers.



25.09. (ihned.cz) Sie kennen ihre Nachbarn nicht. Die Vertreibung der Sudetendeutschen beeinflusst das Sudetenland bis heute

Forscher der Masaryk-Universität in Brünn haben eine Forschungsstudie ausgearbeitet, die sich damit befasst, ob es Unterschiede gibt zwischen böhmischen und mährischen Grenzgemeinden, die nach dem

Zweiten Weltkrieg von Tschechen besiedelt waren und jenen, aus welchen Sudetendeutsche vertrieben wurden. Nach Angaben der Universität hat die Wiederbesiedlung sudetendeutscher Gemeinden dazu geführt, dass die dortigen „neuen“ Bewohner kein Verhältnis zur Geschichte der Gemeinden haben und keine sozialen Beziehungen mit ihren Nachbarn geknüpft hätten. Ein Bewusstsein über die Sudetendeutsche Frage herrsche dort nicht vor, hieß es.

31.08. (radio.cz) Tschechisch-sächsisches Forschungsinstitut entsteht in Dresden

Ein neues Tschechisch-sächsisches Institut für interdisziplinäre Forschungen wird sich auf Nanotechnologien, erneuerbare Energien und auch Software für Datensicherung konzentrieren. Über die Entstehung des Instituts sprach der tschechische Industrieminister Karel Havlíček (parteilos) mit dem sächsischen Premierminister Michael Kretschmer am Freitag in Dresden. Havlíček zufolge wird es sich um ein virtuelles Institut handeln, das unter der Schirmherrschaft vom Fraunhofer Institut entstehen wird. Zu den Begründern gehören die Technische Universität in Liberec / Reichenberg, die Hochschule in Zittau und der Innovationscampus in Görlitz.

Termine/Veranstaltungen

Rückblick

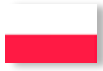
<https://www.sk.sachsen.de/termine-und-veranstaltungen-verbindungsbuero-prag-3835.html>

Ausblick, Veranstaltungen im Winter 2019/2020

- 10.12.** Deutsch-tschechisches Kabarett „Fall Mauer Fall“ gemeinsam mit der bayerischen Repräsentanz im Prager Theater am Gelände
- 12.-15.12.** 1. Sächsischer Weihnachtsmarkt im Innenhof des Verbindungsbüros
- 18.12.** Schülerwettbewerb „Jugend schreibt“ im Verbindungsbüro
- 14.01.** Präsentation des Schiller-Gymnasiums Pirna im Verbindungsbüro
- 15.01.** Neujahrsempfang sowie Eröffnung der Vernissage „Schaufenster II: Momentaufnahmen. Fotografie aus Sachsen und der Lausitz.“

Quellen

Deutsche Botschaft Prag | Tageszeitungen: Mladá Fronta Dnes (MfD, Auflage 210 192), MAFRA a.s.; Právo (Auflage 149 654), Borgis Verlag (tschech. Herausgeber)



Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen in Breslau

Politik und Wirtschaft

Republik Polen

Ticker

NATO Truppen in Polen

Polen werde ab 2020 Rahmennation der NATO und werde damit 4000 der 6000 Soldaten der sogenannten NATO-Speerspitze stellen. Der Aufbau einer solchen internationalen Kampfstruktur stelle die größte Herausforderung für Polen seit dessen NATO-Beitritt dar. (RZ 10.10.2019)

Polen als Urlaubsland immer beliebter

Touristen aus aller Welt entscheiden sich immer öfter, ihren Urlaub in Polen zu verbringen. Im Jahr 2018 wurden lt. Statistischem Landesamt GUS 88,9 Mio. Übernachtungen gebucht. Im Vergleich zu 2017 bedeutet das einen Anstieg von 5,9 %. (Polen-Journal 30.05.2019)

Polnische Firmen und Produkte erobern den deutschen Markt

Im vergangenen Jahr lag der Import polnischer Produkte bei 12,4 % der gesamten Konsumgüter in Deutschland. Im Vergleich zum Jahr 2004 mit 4 % ist damit eine deutliche Steigerung zu verzeichnen. (Polen Journal 30.05.2019)

Wiederaufbau des Sächsischen Palais in Warschau

Die Stadt Warschau und die polnische Regierung haben sich darauf geeinigt, den Wiederaufbau des Sächsischen Palais in Warschau bis November 2023 durchzuführen. Es wird aus Mitteln der Regierung finanziert. Das Gebäude soll u.a. Sitz des Senats werden. (DGP 07.05.2019)

Politik und Gesellschaft

Parlamentswahlen - offizielles Wahlergebnis

Die Wahlbeteiligung habe 61,74% betragen. Bei den Sejm-Wahlen hat die PiS 43,59% der Stimmen erhalten (235 Sitze), die KO (Bürgerplattform) 27,4% (134 Sitze), die Linke 12,56% (49 Sitze), die KP (Polnische Koalition) 8,55% (30 Sitze), Konfederacja (Die Rechte) 6,81% (11 Sitze), die deutsche Minderheit 1 Sitz. Der Opposition aber kommt auf eine Mehrheit der Sitze im Senat (51:49). 48 für die PiS, 43 für die KO (Bürgerplattform), 3 für die PSL (Bauernpartei) und 2 für die SLD (Sozialdemokraten). Von den 4 unabhängigen Kandidaten würde 3 die Opposition unterstützen. Alles deute darauf hin, dass Morawiecki das Amt des Ministerpräsidenten behalten werde. Die PiS habe die Mehrheit im Senat verloren und im Sejm keine Verfassungsmehrheit erreichen können und auch nicht die nötige 3/5 Mehrheit, um ein Veto des Präsidenten zu überstimmen. (GW/RZ 15.10.2019)

Smog-Bekämpfung und Umweltschutz

Die Ergebnisse des Regierungsprogramms „Saubere Luft“ zur Smog-Bekämpfung seien mager. Nur 48 000 Polen hätten finanzielle Unterstützung in diesen Rahmen bekommen. Die Hauptursachen für das Scheitern seien laut Rz Bürokratie, schlechter Zugang zu den zuständigen Stellen, komplizierte Antragsformulare und die relativ niedrige Unterstützung.

In einem Interview meint die Ministerin für Unternehmertum und Technologie Emilewicz: Der Westen sei für die Zerstörung der Umwelt seit dem 19. Jahrhundert verantwortlich. Diese europäischen Länder hätten unverantwortlich Kapital kumuliert, ohne auf die Umwelt zu achten. Sie seien dadurch reich geworden und sollten jetzt die Kosten dieser Politik tragen. Ferner sagt sie, dass sie zwar für alle möglichen Erleichterungen bei der Entwicklung von erneuerbaren Energien sei, man aber auch die besonders energieintensiven Branchen schützen müsse.

(Rz 27.09.2019)

Strafrechtsreform nach Kindesmissbrauch in der katholischen Kirche

Die durch den Dokumentarfilm „Sag es nur keinem“ der Brüder Sekielski ausgelöste Debatte über den Missbrauch in der Kirche dauert an und beschäftigt alle Medien. In einem von der Bischofskonferenz als Reaktion auf den Sekielski-Film verfassten Schreiben an alle katholischen Gemeinden heißt es: Es gebe keine Worte für die Scham auf Grund von Sexualskandalen, an denen Geistliche beteiligt gewesen seien. Die Kirche habe nicht alles getan, um diesem Unrecht vorzubeugen. Scharfe Konsequenzen für die Täter und für die, die deren Taten gedeckt hätten seien notwendig. Die Politik reagierte und legte dem Sejm einen Gesetzentwurf vor, in dem die Verjährung des Kindermisbrauchs abgeschafft, ein lebenslanges Arbeitsverbot im Kontakt mit Kindern für verurteilte Pädophile eingeführt und eine Arbeitsgruppe der Staatsanwälte beim Büro des Kindesombudsmanns eingerichtet werden soll. (GW 14.05.2019)

Europa

Künftige Rolle Polens in Europa

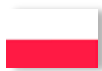
Vizeaußen- und Europaminister Szymański spricht über die künftige Rolle Polens in Europa und der PiS im Europäischen Parlament. Polen fordere den nötigen Wandel, sei aber nicht interessiert an einer Destabilisierung der EU. Die Themen der Zukunft seien Klima, Digitalmarkt, Binnenmarkt, Industriepolitik, Migration, Sicherheit und Verteidigung. Zu evtl. Koalitionen im EP meint er: Die EVP sei in einer sehr schwierigen Position. Sollte diese sich zu einem Abklatsch der Linken und Liberalen entwickeln, sehe er keine Chance auf eine Koalition. Zur Frage des künftigen KOM-Vorsitzenden antwortet Szymański ausweichend. Die Spitzenkandidaten seien nicht die einzigen und nicht die wichtigsten Kandidaten. Die Frage der Rechtsstaatlichkeit hätte nach Meinung Szymańsis längst abgeschlossen werden sollen. (DGP 06.06.2019)

Polnischer Plan für Europa

Polnische Reformvorschläge für die EU seien bereits in Brüssel übergeben worden. Deren Ziel sei, das Vertrauen in die Institutionen in den kommenden fünf Jahren aufzubauen. Polen wolle an sechs Herausforderungen arbeiten, zu denen konkrete Reformen in die strategische Agenda der EU 2019-2024 aufgenommen werden sollen. Dazu gehöre die Migrationspolitik (besserer Schutz der Außengrenzen durch eine Stärkung von Frontex, kein obligatorischer Flüchtlingsverteilungsmechanismus und Koppelung der Unterstützung für Herkunftsländer an deren Bereitschaft zur Zusammenarbeit im Bereich Migration). In der Verteidigungspolitik solle die EU auf die Einheit des Westens setzen und ihre Aktivitäten mit der NATO abstimmen. Im Bereich Binnenmarkt wolle man die Dienstleistungsfreiheit stärken und die moderne Industrie, vor allem den Digitalmarkt, entwickeln. Ein Beispiel dafür wären gemeinsame Standards für den Bau des 5G-Netzes. Große Digitalkonzerne sollen künftig auf EU-Ebene besteuert werden. In der Klimapolitik solle die EU Klimaneutralität erreichen, ohne dass die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft darunter leiden müsse. (Rz 21.05.2019)

Wirtschaftsprognose der EU-Kommission für 28 Mitgliedsländer

Die polnische Wirtschaft werde 2019 um 4,2% wachsen, für 2020 erwarte man 3,6% Zuwachs. Dies seien im europäischen Vergleich sehr gute Zahlen: Für Deutschland erwarte man entsprechend 0,5 und 1,5 Prozent. Die polnische Wirtschaft profitiere weiterhin vom privaten Konsum. (Rz 08.05.2019).



Wirtschaft

Siemens eröffnet sein erstes Industrie 4.0.-Werk in Polen

Das Werk wird in Mirkow bei Breslau gebaut und soll noch im Oktober dieses Jahres in Produktion gehen sowie 150 Mitarbeiter beschäftigen.

Der Breslauer Standort, der u.a. mit Tschechien konkurriert, konnte mit kurzen Lieferwegen zu polnischen Kunden sowie dem Siemens-Werk in Chemnitz, punkten. Nicht ohne, war auch das Engagement der polnischen Siemens-Crew, so die Vorstandsvorsitzende von Siemens Polska, Dominika Bettman. Im Werk sollen sog. Steuerungsschränke hergestellt werden, die heute als „Hirn“ eines modernen 4.0 – Werks fungieren. Insgesamt wolle man hier 1250 solcher Einheiten jährlich produzieren. Die Abnehmer kommen aus der gesamten EU und der Schweiz. Die ersten Mitarbeiter werden bereits in Deutschland ausgebildet. (GW, 30. Juni 2019)

LOT unter den Besten der Welt

Der polnische Flugbetreiber LOT rangiert auf Platz 20 mit einer Gesamtnote von 7,59/10 und schnitt damit besser als Lufthansa und Wizz Air ab. Die Zusammenstellung von AirHelp entsteht mittlerweile seit acht Jahren anhand diverser Faktoren, wie Pünktlichkeit, Servicequalität und Bearbeitung von Entschädigungsforderungen. Anhand der Daten, die von Flughäfen, Regierungsagenturen und durch Passagierbefragungen entnommen wurden, hat man insgesamt 72 Fluggesellschaften miteinander verglichen. In den Fragebögen wurden der Reisekomfort, die Qualität der servierten Gerichte und das Verhalten des Personals bewertet. (Polen-Journal 21.05.2019)

Nord Stream 2

Ein Gesetzentwurf US-amerikanischer Senatoren sehe Sanktionen gegen am Bau der Pipeline beteiligte Unternehmen vor. Dessen Annahme durch den Kongress sei sehr wahrscheinlich. „Diplomatische Quellen“ hätten der Zeitung gegenüber klargestellt, dass Polen einen gewissen Anteil an der Initiative habe. Dies habe bereits dazu geführt, dass Deutschland sich auch für den Kauf von Flüssiggas aus den USA interessiere. Auch der Kommentar der Zeitung nennt die Tatsache, dass nun konkrete Schritte eingeleitet würden, einen Erfolg der polnischen Diplomatie. Es zeige sich, dass Moskau und Berlin sogar in strategischen Fragen die Haltung Warschau berücksichtigen müssten. Doch stehe die polnischen Regierung nun vor einer weiteren Herausforderung: Die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich gerade so verbessert hätten, mit diesem Thema nicht erneut zu gefährden. Der Streit um Nord Stream 2 solle daher nun von Washington ausgeführt werden. (Rz 16.05.2019)

Deutsch-Polnische Beziehungen

Gedenken an 80. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs

Aus den „berührenden“ Reden von Bundespräsident Steinmeier in Warschau und Wieluń zitieren alle Zeitungen auf den Titelseiten: „Ich verneige mich vor den Opfern des Überfalls auf Wieluń. Ich verneige mich vor den Opfern der deutschen Gewaltherrschaft. Und ich bitte um Vergebung.“ Besonders gewürdigt wird, dass er diese Sätze auf Polnisch wiederholt habe. Alle Medien betonen, dass Steinmeier die volle Verantwortung Deutschlands und die historische Schuld betont habe. Auch die Anwesenheit der Kanzlerin wird positiv erwähnt. Durch Trumps Abwesenheit sei sie zum wichtigsten ausländischen Gast geworden. Deutschland habe damit seine strategische Beziehung zu Polen unterstrichen, sei der polnischen Regierung zu Hilfe gekommen und habe die internationale Bedeutung der Gedenkveranstaltung erhöht. Das gemeinsame Eintreffen der Kanzlerin mit Ministerpräsident Morawiecki am Piłsudski-Platz wird als symbolträchtig gewertet. Nachdem sich die Beziehungen zwischen Berlin und Warschau nach der Wahl der PiS vor vier Jahren zunächst so sehr abgekühlt hätten, habe Deutschland nun gezeigt, dass es ohne Zweifel an einer partnerschaftlichen Beziehung mit Polen interessiert sei. Dies sei ein Tag der außergewöhnlichen Annäherung zwischen Deutschland und Polen gewesen. (GW 02.09.2019)



Folgen des Produktionseinbruchs in Deutschland für Polen

Laut Rz stehe Deutschland kurz vor einer Rezession, die Produktion habe im Juni im Vergleich zum Vorjahr um 5,2% abgenommen. Diese werde auch Auswirkungen auf Polen haben, denn nach Deutschland gingen allein 28% des Polnischen Exports.

Im Rz-Kommentar heißt es: Die Daten aus Deutschland seien sehr beunruhigend und hätten bereits Auswirkungen auf Polen und andere europäische Länder. Experten warnten sogar vor einer globalen Rezession – und das nach der längsten Phase konjunkturellen Aufschwungs seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Nötig sei nur ein Nadelstich und alles würde platzen. Für solche Impulse würden ein harter Brexit oder ein Handelskrieg zwischen den USA und China sorgen. Es sei besser, sich auf eine Rezession vorzubereiten. (Rz 8.8.2019)

4. Deutsch-Polnischer Bahngipfel in Breslau

Beim 4. deutsch-polnischen Bahngipfel in Breslau wurde beschlossen, dass im nächsten Jahr die vor fünf Jahren eingestellte Zugverbindung Berlin-Breslau-Krakau wieder belebt wird. Darüber hinaus wurde über andere Themen gesprochen: sieben Züge statt vier pro Tag auf der Strecke Berlin-Warschau, Elektrifizierung und Ausbau der Strecke Berlin-Kostrzyn-Gorzów, Elektrifizierung der Strecke Breslau-Dresden-Berlin auf deutscher Seite. Den sog. Kulturzug (ein Zug von Berlin über Cottbus nach Breslau mit Kulturprogramm an Bord mit Lesungen, Musik und Ausstellungen) soll es noch bis Ende 2020 geben (GW Wrocław 10.05.2019)

Deutschland

Reparationsforderungen

Deutschland habe bisher nur einen Bruchteil seiner Kriegsschulden an Polen gezahlt, weil letzteres immer aus einer Position der Schwäche agiert habe, wenn es erneut einen Verzicht unterzeichnet habe. Nun sei Polen zum ersten Mal stark genug, um solche Forderungen zu stellen. Auch wenn man diskutieren könne, ob das Recht auf polnischer Seite sei, so würde ein grundsätzliches Gerechtigkeitsempfinden doch dafür sprechen. Dennoch würde Polen mit solchen Forderungen 30 Jahre Partnerschaft, die u. a. Polens Beitritt zur EU ermöglicht habe, aufs Spiel setzen. Eine bessere Lösung seien daher vertrauliche Gespräche und eine symbolische Form der Entschädigung. (Rz 06.06.2019)

Breslau/Wrocław

Breslau erklärt den Klimanotstand

Angesichts der Klimakrise hat Breslau als erste Stadt polenweit den Klimanotstand erklärt. Bis zum Jahr 2050 soll Breslau klimaneutral werden. Mit Ausrufung des Klimanotstands soll daran erinnert werden, dass Fragen über Grünanlagen oder erneuerbare Energien bei allen städtischen Investitionen berücksichtigt werden sollten. Es war eine Initiative von sozial engagierten Personen, die mit der Umweltschutzgruppe Extinction Rebellion verbunden sind. (GW 18.10.19)

Nobelpreis für Olga Tokarczuk

Alle Zeitungen berichten über den Nobelpreis für die Breslauer Schriftstellerin Olga Tokarczuk. Als sie von der Würdigung erfahren hat, war sie gerade in Deutschland unterwegs, wo eine Reihe literarischer Treffen mit ihr stattgefunden haben. Heftige Kritik seitens der rechten Medien bleibt ihr wie üblich nicht erspart. (GW 11.10.19)

US Air Force in Breslau

Gemäß der zwischen Staatspräsidenten Duda und US-Präsidenten Trump in New York unterzeichneten Erklärung soll der Flughafen Breslau als Verladebasis für US Air Force genutzt werden. Dazu muss die Flughafeninfrastruktur verbessert werden. Da die US Air Force vor allem größere Flugzeuge wie Galaxy



C5 bzw. C17 Globmaster benutzt, müssen die Flughafenhallen und die Startbahn ausgebaut werden. Der Startbahn-Ausbau bietet die Möglichkeit, das Flugangebot um Langstreckenflüge zu erweitern. (GW 25.09.19)

2. Zwerg aus Breslau in Dresden

Vor 60 Jahren, am 7. Mai 1959, vereinbarten Breslau und Dresden ihre Städtepartnerschaft. Und pünktlich zum 60. Geburtstag hat Dresden ein besonderes Geschenk bekommen – einen original Breslauer Zwerg mit Sonnenblume und Reisekoffer, für den ein neues Zuhause in der Stadt gefunden werden musste.

Drei Standorte standen zur Bürgerabstimmung: Das Kraszewski-Museum in der Dresdner Neustadt, die Breslauer Straße am Hauptbahnhof und die Treppe zum Ratskeller am Haupteingang des Neuen Rathauses. An seinem neuen Zuhause - vor dem Ratskeller - übernimmt der Zwerg nun sein Amt als Botschafter und Glücksbringer für die nächsten 60 Jahre der Partnerschaft und heißt alle Besucherinnen und Besucher aus Breslau und ganz Polen herzlich willkommen. Daraus resultiert ein erfreulicher Trend: Immer mehr polnische Gäste besuchen Dresden und das Elbland. 2018 kamen erstmals die meisten Übernachtungsgäste aus dem östlichen Nachbarland; im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Übernachtungen um 26 Prozent. Am 1. Juni 2019 eröffnete Dresdens Zweite Bürgermeisterin Annekatriin Klepsch zusammen mit ihrem Breslauer Amtskollegen Jakub Mazur einen Informationsstand am Breslauer Hauptbahnhof über die Partnerstadt Dresden und die Region. (PM, Stadtverwaltung Dresden, 1.6.2019)

Jan-Nowak-Jeziorański-Preis

Bundespräsident a.D. Joachim Gauck wurde am 06.06.2019 in der Ossoliński-Nationalbibliothek in Breslau für den Aufbau einer europäischen Versöhnung im Geiste der Wahrheit und Gerechtigkeit mit dem Jan-Nowak-Jeziorański-Preis geehrt. Der Preis wurde durch den Breslauer Stadtpräsidenten Sutryk und den Leiter der Nationalbibliothek verliehen. (GW Wrocław, 07.06.19)

Breslauer Flughafen wird immer beliebter

Nach eigenen Angaben hat der Flughafen in Breslau im April rund 271.000 Passagiere befördert, was einen Anstieg um 6,4% gegenüber dem Vorjahresmonat bedeutet. Einer großen Beliebtheit erfreuen sich auch Flüge Richtung Großbritannien, der Ukraine sowie nach Georgien, Paris und Eindhoven. Auch die Flüge innerhalb Polens sind begehrt. Die meisten Fluggäste haben sich für einen Flug Richtung Frankfurt und München entschieden. Insgesamt hat der Flughafen in Breslau 83 Verbindungen im Angebot. In diesem Jahr hat der Flugplatz bereits 960.000 (+11,9%) Passagiere bedient. (Polen-Journal 20.05.2019)

Wojewodschaft Niederschlesien

Abgeordnetenmandat für Wojewode von Niederschlesien

Da der Wojewode von Niederschlesien Paweł Hreniak ein Abgeordnetenmandat bekommen hat, wird spekuliert, wer sein Nachfolger sein wird. Mögliche Kandidaten sind Vizewojewode Jarosław Kresa, PiS-Abgeordneter Mariusz Orion-Jędrysek, Vizemarschall Marcin Krzyżanowski, Jurist Sergiusz Kmiecik, ehemaliger Senator und Vizebürgermeister Jarosław Obremski, Sejmik-Vorsitzender Andrzej Jaroch. (GW 16.10.2019)

BASF schließt Werkausbau in Środa Śląska ab

Das niederschlesische Katalysatorwerk der BASF, hat den 2017 angekündigten Werkausbau in Środa Śląska abgeschlossen. Die Werkstätte wurde um 14 000 m² vergrößert. Zu den bereits existierenden acht Produktionslinien kamen zwei neue hinzu. Die neuen Katalysatoren sollen alle Anforderungen der aktuell geltenden Umweltnormen erfüllen. BASF betreibt in Polen neben Środa Śląska noch ein Werk in Myślenice /Krakau und ein Logistikzentrum in Śrem /Posen. Er beschäftigt in Polen insgesamt über 850 Mitarbeiter. Das Produktionsvolumen betrug im letzten Jahr 931 Mio. Euro. (GW, 28.6.2019)



Koalition im Sejmik von Niederschlesien

Die Koalition PiS mit „Parteilose Selbstverwalter“ im Sejmik von Niederschlesien wackelt. Die Koalition kam nur zustande, weil die PiS ihrem Koalitionspartner Einiges versprochen hat, u. a. dass die Stadt Lubin ihr Territorium um 8120ha erweitern könne. Die Sache schien ziemlich sicher zu sein, allerdings hat der Wojewode von Niederschlesien den Antrag des Bürgermeisters von Lubin auf Grenzverschiebung erstaunlicherweise abgelehnt und dabei begründet, einen solchen Antrag dürfe nicht der Bürgermeister, sondern der Stadtrat stellen. Eine endgültige Entscheidung muss nun der Ministerrat treffen, wobei man sich kaum vorstellen kann, dass der Ministerrat diesem Antrag stattgibt, wenn dieser vom PiS-Wojewoden schon abgelehnt wurde. (DGP, 03.06.2019)

20jähriges Jubiläum der Regionalpartnerschaft zwischen Sachsen und Niederschlesien

Die Wojewodschaft Niederschlesien will noch in diesem Jahr ein Verbindungsbüro in Dresden eröffnen. Das kündigte der Marschall der Wojewodschaft, Cezary Przybylski, am Dienstag bei einem Treffen mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU) in Wroclaw, der Partnerstadt Dresdens, an. Kretschmer war nach Wroclaw gereist, um das Jubiläum 20 Jahre Regionalpartnerschaft zwischen Niederschlesien und Sachsen zu begehen. Dabei vereinbarten beide Seiten, ihre Kooperation auszubauen. «20 Jahre erfolgreiche Zusammenarbeit mit Niederschlesien trugen wesentlich dazu bei, dass Polen und Sachsen heute nicht bloß Nachbarn, sondern Freunde sind», erklärte Kretschmer. Der sächsische Ministerpräsident verwies auf zahlreiche Kooperationsprojekte zwischen beiden Partnern. Dazu zählt zum Beispiel die Sonderkommission KfZ, in der die Polizei vor allem bei der Bekämpfung von Autodiebstählen grenzüberschreitend zusammenarbeitet. Bei dem Vorhaben «Groß für Klein - Duzi dla malych» hingegen geht es um Sprachenlernen im Vorschulalter. Bisher hätten mehr als 1000 Kinder auf beiden Seiten der Grenze davon profitiert, hieß es. (dpa 28.05.2019)

Wojewodschaft Oppeln

Polens „vulgärster“ Hassprediger steht vor Gericht

Insgesamt 81 Hassaussagen im Netz werden dem 42. Jährigen Ingenieur, Jaroslaw F. vorgeworfen. "Ein guter Ukrainer ist ein toter Ukrainer." „Die Konsulin im Konsulat Oppeln (Sabine Haake – Anmerkung der Redaktion) sei eine deutsche Schlampe, die ab sofort aus Polen zu verjagen ist“. Das Ausmaß seiner Hasssprache sei außergewöhnlich extrem – so die Staatsanwaltschaft. Der Angeklagte hätte in starken Emotionen geschrieben und war dabei überzeugt, dass er sich im Rahmen der Meinungsfreiheit bewege. Er handelte auch unter Einfluss seines Großvaters, der als einziger einer sechsköpfigen Familie das Massaker von Wolhynien überlebt hätte. Das Gericht will weitgehend seine Reue berücksichtigen. Das Strafmaß soll einen erzieherischen Charakter bekommen. (GW, 11.07.2019)

Deutschsprachiger Informatik-Studiengang

In der Oppelner Region suchen Unternehmen nach Fachkräften mit deutschen Sprachkenntnissen, insbesondere in der IT-Branche. Das ist eine große Chance für die Studenten des deutschsprachigen Informatik-Studienganges an der Polytechnischen Hochschule Oppeln. Im laufenden Studienjahr verzeichnet die deutschsprachige Informatik 13 Studenten. Zur Fortsetzung dieser Studienrichtung ist eine Untergrenze von zehn Studenten erforderlich. Offen ist auch, welchen Einfluss die geplante Hochschulreform haben wird. (Wochenblatt 24.-30.5.2019)

Beschäftigungszahlen

Angaben der polnischen staatlichen Sozialversicherungsanstalt ZUS zufolge gibt es in der Woiwodschaft Oppeln ca. 20.000 Ausländer, v.a. Ukrainer, die legal beschäftigt sind. Es sind knapp 4% aller in Polen legal beschäftigten Ukrainer. (GW Opole 23.05.2019)

Wojewodschaft Lebuser Land

Eröffnung des Raumfahrtzentrums

In Nowy Kisielin bei Grünberg wurde das Zentrum für Raumfahrtforschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften PAN offiziell eröffnet. Innerhalb von 3 Jahren soll dort ein Raumfahrttechnologiepark (Park Technologii Kosmicznych) für 60 Mio. PLN (42 Mio. PLN kommen von der EU) vom Marschallamt von Lebuser Land gebaut werden. (GW Zielona Góra 23.05.2019)

Aktuelle Projekte im Verbindungsbüro

Am **07. und 08.11.2019** findet der 3. Sächsisch-Polnische Innovationstag an der Technischen Universität Breslau statt. Universitäten und Unternehmen aus Sachsen und Polen widmen sich den humanistischen Herausforderungen bei der Entwicklung von Schlüsseltechnologien im Leichtbau. (Schwerpunkte sind der nachhaltige Materialeinsatz, Funktionalität und die Formgestaltung)

Am **30.11.2019 um 15.00 Uhr** treten im Rahmen einer Schulpartnerschaftsreise 2 Breslauer Schulchöre im Stadtmuseum Dresden mit polnischen Weihnachtsliedern auf. Die Projektreise wird in Kooperation mit der Stadt Dresden, dem Kraszewski Museum und dem Verbindungsbüro organisiert.

Im **Dezember 2019** ist in Kooperation mit dem Sächsischen Landesamt für Steuern und Finanzen ein Auftaktworkshop zum Projekt „Willkommenskultur im Finanzamt Görlitz“ geplant. Unter Leitung des LSF Präsidenten Karl Köll wird dazu eine internationale Stabstelle mit Unterstützung des Verbindungsbüros gebildet.

Das Verbindungsbüro zieht um.

Das Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen wird im 1. Januar 2020 in die 1. Etage des Palais „Max Born Forum“ am plac Wolności 4 (Freiheitsplatz 4) in 50-071 Wrocław umziehen. Der offizielle Eröffnungstermin wird rechtzeitig bekannt gegeben.

Max Born (geb. 1882 in Breslau – gest. 1970 in Göttingen; Emigration und britisches Exil vor dem Nationalsozialismus, Nobelpreis für Physik 1954)



Geburtshaus von Max Born. Am 13.09.2017 als „Max Born Forum“ rekonstruiert eingeweiht.



Veranstaltungen - Rückblick

Veranstaltungen des Verbindungsbüros

<https://www.sk.sachsen.de/termine-und-veranstaltungen-verbindungsbuero-breslau-3771.html>

Quellen:

Wochenblatt, Polen Journal, Generalkonsulat Breslau, Rz - Rzeczpospolita, TP - Tygodnik Powszechny, Polityka, Newsweek, GW - Gazeta Wyborcza, Fakt, GPC - Gazeta Polska Codziennie, Sieci, dpa, DGP - Dziennik Gazeta Prawna.

Wir sind für Sie da



Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen in Prag

Besucheradresse

U Lužického semináře 13
118 00 PRAG 1
Tschechische Republik
www.cz.sk.sachsen.de

Ansprechpartner

Dr. David Michel
Leiter des Verbindungsbüros
Freistaates Sachsen

Telefon: +420 23481 3161
Telefax: +420 23481 3167
David.Michel@cz.sk.sachsen.de

Ines Mezera
Sächsische Staatskanzlei
Telefon: +49 351 564 1434
Ines.Mezera@sk.sachsen.de

Michaela Krčmářová
Mitarbeiterin

Telefon: +420 23481 3163
Michaela.Krcmarova@cz.sk.sachsen.de



Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen in Breslau

Besucheradresse

Rynek 7
50-106 Breslau
Polen
www.pl.sk.sachsen.de

Ansprechpartner

Uwe Behnisch
Leiter des Verbindungsbüros des
Freistaates Sachsen

Verbindungsbüro Breslau
Telefon: +48 71 337 8264
Telefax: +48 71 337 8269
Uwe.Behnisch@pl.sk.sachsen.de

Sächsische Staatskanzlei
Telefon: +49 351 564 1436
Uwe.Behnisch@sk.sachsen.de

Ines Mezera
Sächsische Staatskanzlei
Telefon: +49 351 564 1434
Ines.Mezera@sk.sachsen.de

Anna Leniart
Mitarbeiterin
Telefon: +48 71-313-1893
Telefax: +48 71 337 8269
Anna.Leniart@pl.sk.sachsen.de